

Stadtverwaltung Tauberbischofsheim

Standesamt

Marktplatz 8

97941 Tauberbischofsheim

standesamt@tauerbischofsheim.de

09341 803-34

Information zur Datenerhebung - Anmeldung und Beurkundung von Eheschließungen

Behörde

Stadt Tauberbischofsheim

Marktplatz 8, 97941 Tauberbischofsheim

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Bürgermeisterin Anette Schmidt

Stadt Tauberbischofsheim

Marktplatz 8, 97941 Tauberbischofsheim

datenschutz@tauerbischofsheim.de

Behördliche Datenschutzbeauftragte

Stadtverwaltung Tauberbischofsheim

Marktplatz 8

97941 Tauberbischofsheim

Tel.: 09341/803-0

Fax.: 09341/803-7000

datenschutz@tauerbischofsheim.de

Betroffenenrechte

Sie haben als betroffene Person das Recht von der Stadt Tauberbischofsheim Auskunft über die Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 15 DSGVO), die Berichtigung unrichtiger Daten (Art. 16 DSGVO), die Löschung der Daten (Art. 17 DSGVO) und die Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO) zu verlangen, sofern die rechtlichen Voraussetzungen dafür vorliegen. Sie können nach Art. 21 DSGVO Widerspruch einlegen. Eine Einwilligung in die Verarbeitung Ihrer Daten können Sie jederzeit widerrufen. Unbeschadet anderer Rechtsbehelfe können Sie sich beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (LfDI), Postfach 10 29 32, 70025 Stuttgart, poststelle@lfdi.bwl.de beschweren.

Kosten

Die Betroffenenrechte (außer dem Beschwerderecht gegenüber dem LfDI) können Sie gegenüber der Stadt Tauberbischofsheim entweder postalisch, per E-Mail oder per Fax geltend machen. Es entstehen Ihnen dabei keine anderen Kosten als die Portokosten oder die Übermittlungskosten nach den bestehenden Basistarifen.

Zwecke der Datenverarbeitung und Rechtsgrundlage

Die personenbezogenen Daten werden aufgrund der §§ 1, 2, 3, 4, 6 und 15 des Personenstandsgesetzes (PStG) zum Zweck der Anmeldung und Beurkundung einer Eheschließung erhoben.

Geplante Speicherdauer

Die Daten werden ab sofort dauerhaft gespeichert (§ 7 PStG).

Empfänger*innen oder Kategorien von Empfänger*innen der Daten (Stellen denen gegenüber die Daten offengelegt werden)

Die Beurkundung oder Fortschreibung eines Personenstandsfalls oder einer öffentlich beurkundeten Erklärung werden den in den §§ 68 PStG und 58 PStV (Personenstandsverordnung) genannten Stellen mitgeteilt.

Verpflichtung, Daten bereitzustellen; Folgen der Verweigerung

Sie sind verpflichtet, die zum oben genannten Zweck erforderlichen personenbezogenen Daten bereitzustellen, da ohne diese Daten keine Anmeldung der Eheschließung und in der Folge keine Eheschließung vorgenommen werden kann.